

Lateinamerika-Konferenz Frankfurt:

SCHON KARL V. WUSSTE VON DEN ÜBERSEE-TERRITORIEN

TEXT: DR. HANS JOACHIM DUNKER

Die 8. Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft unter dem Motto „Eine Region – viele Märkte“ hat am 14. und 15. Mai 2003 in Frankfurt/Main stattgefunden. Die Eröffnung fand auf Einladung von Oberbürgermeisterin Petra Roth im Kaisersaal des Römer statt, wo Stadtrat Nikolaus Burggraf die Gäste begrüßte und auf die Beziehungen deutscher Städte wie Frankfurt zu Südamerika seit den Zeiten von Kaiser Karl V. (1519–1556) hinwies.

Ludwig Georg Braun als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und Vorsitzender der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft (LAI) wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass nach Meinung der größten Zentralbanken der Welt die Konjunkturflaute in den Industrieländern noch in diesem Jahr zu Ende gehen werde. Lateinamerika würde dabei durch den Nachfrageschub und den Anstieg der Weltmarktpreise sowie durch Zunahme seiner Exporte profitieren. Die Anwesenheit des Ministers für Entwicklung, Industrie und Außenhandel der Föderativen Republik Brasilien, Luiz Fernando Furlan, veranlassten Braun, speziell auf Brasilien mit der Bemerkung einzugehen, dass Brasiliens Präsident Lula da Silva die ersten hundert Tage seiner Regierung mit einer positiven Bilanz abschließen konnte. Die Präsidenten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds ebenso wie die in- und ausländische Privatwirtschaft hätten mit Lob nicht gespart, was angesichts der Vertrauenskrise im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wichtige Signale seien.

Braun sagte weiter, dass allein in der Energiewirtschaft Brasiliens Projekte in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar geplant seien, und zwar mit 70 Prozent privater und nur 30 Prozent staatlicher Beteiligung. Auch in den Bereichen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, im Transportwesen und Umweltschutz, dem Straßen- und Hafenausbau und der Binnenschifffahrt werde es große Investitionen geben. Er wies abschlies-

send auf die Notwendigkeit des baldigen Abschlusses eines Freihandelsabkommens (noch in diesem Jahr?) zwischen EU und Mercosur nach dem Beispiel Mexikos und dem Assoziierungsabkommen mit Chile hin.

Auch die anwesenden Vertreter der Außenhandelskammer São Paulo wie Vizepräsident Lege meinten, dass die neue brasilianische Regierung Kontinuität verspreche. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva verfüge über ein besonderes Charisma, das ihm die Mitarbeit bedeutender Experten in seinem Regierungsbereich und die Pflege wichtiger persönlicher Beziehungen im In- und Ausland, vor allem auch in Deutschland, erleichtere.

Brasilien zähle mit einem Inlandsprodukt (BIP) von rund 450 Milliarden US-Dollar und einer Bevölkerung von 175 Millionen Menschen zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt und sei als Investitionsstandort besonders für ausländische Unternehmen attraktiv.

Lula, so Lege, führe die marktorientierte Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Cardoso mit eigenen Reformplänen für die Steuer- und Sozialversicherungssysteme sowie die Beibehaltung einer stabilen Geldpolitik fort. Die zahlreichen Infrastrukturprojekte böten gute Geschäftsmöglichkeiten für ausländische, besonders deutsche Investoren. Im Jahr 2003 erwartet die Regierung ein Wachstum von 2,8 Prozent des BIP. Die Dienstleistungsbranchen, neben dem Finanzsektor vor allem die Telekommunikation, hätten mittlerweile einen Anteil von 57 Prozent am BIP. Durch hohe private Investitionen im IT-Sektor verfüge Brasilien heute über die fortschrittlichste Informationstechnologie Südamerikas.

Bemerkenswert waren die Ausführungen von Minister Luiz Fernando Furlan und dem Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Enrique V. Iglesias, der im Einzelnen die Gründe darlegte, warum seine Bank Ländern in Lateinamerika wie Brasilien und ihren Infrastrukturen nach wie vor Vertrauen entgegenbringe. Minister Furlan beeindruckte durch seine präzise Darstel-

lung der brasilianischen Wirtschafts- und Finanzsituation. Präsident Lula, so Furlan, sei ein Pragmatiker, der die notwendigen Reformen entschlossen angehe. Es ginge ihm neben der Verbesserung des internen Steuersystems (reforma tributaria) und der Sozialgesetzgebung (previdencia social) im Kampf gegen die Armut vor allem um eine weitere Förderung und Diversifizierung der Exporte, die schon jetzt vor allem im PKW-Bereich ein Superavit aufweisen könnten.

Furlan setzte sich für mehr „joint ventures“ zwischen deutschen und brasilianischen Unternehmen in Brasilien und in Deutschland ein.

Auf die Frage des TOPICOS-Vertreters an Furlan während der Pressekonferenz, was die neue Regierung zur Stabilität und Sicherheit im Lande (z. B. unruhige Situation in Rio de Janeiro) auch zum Schutze ausländischer Niederlassungen zu tun gedenke, wies Furlan neben der Verantwortung der Bundesregierung auf die Zuständigkeit der kommunalen und Landesbehörden hin. Er wolle den Freunden im Ausland raten, weniger die Sensationszeitungen zu lesen und mehr die Erfahrungen solcher deutscher Unternehmen zur Kenntnis zu nehmen, die schon lange erfolgreich in Brasilien produzieren und Geschäfte machen.

Axel Gerlach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Gemischten Kommission, erläuterte die Wirtschaftsbeziehungen aus deutscher Sicht und führte aus, dass sich die deutsche Bundesregierung in Brüssel um das möglichst baldige grüne Licht für das Freihandelsabkommen bemühe. Er betonte, dass die Osterweiterung in Europa keinesfalls eine Vernachlässigung der traditionellen Märkte wie Lateinamerika bedeuten würde. Weiterbestehende deutsche Unsicherheiten über Schwierigkeiten oder Risiken im Handel („custo brasil“) sollten möglichst bilateral besprochen werden. Berlin wäre für jeden wirklich konkreten Hinweis über nicht wünschenswerte Zustände aus Unternehmerkreisen dankbar, der mit der brasilianischen Regierung erörtert werden sollte. ■